

Liberaler Diskurs und Praktiken der Macht: Neu-Granada Mitte des 19. Jahrhunderts

Mitte des 19. Jahrhunderts kam es nach den Unabhängigkeitsbewegungen in einer Vielzahl von lateinamerikanischen Staaten zu einer zweiten Welle politischer und wirtschaftlicher Erneuerungen mit dem Ziel der Beseitigung der fortwährenden traditionellen Ordnung. Besonders im Bereich der Wirtschaftspolitik wurde die weitgehende Umsetzung der klassischen Freihandelsdoktrin zum Motor dieser Modernisierungsbestrebungen, die so eine stärkere Anbindung an und Integration in die Weltmarktstrukturen zur Folge hatten. Die politische Entwicklung fand als Prozeß der Schaffung von Staatsbürgergesellschaften innerhalb eines verfassungsmäßigen Rahmens republikanischer Staatsformen auf Basis von Volkssouveränität¹ statt. In der Praxis gestaltete sich der Übergang von der unmittelbaren personalistischen Repräsentation kollektiver Akteure des *Ancien régime* zu einem modernen Politikverständnis einer Gemeinschaft als Summe unabhängiger Individuen allerdings keineswegs linear; hierbei wurden vielmehr „hybride“ Formen politischer Repräsentation erzeugt².

Neu-Granada³ stellt ein typisches Beispiel der Forderungen nach einer Überwindung des weiterhin quasikolonialen Status quo durch Modernisierung sowohl auf ökonomischer als auch auf politischer Ebene dar. Während die wirtschaftspolitische Liberalisierung Neu-Granadas einen breiten Konsens unter den Eliten fand⁴, bildeten sich im Bereich der Politik Ende der

-
- 1 Ausnahmen bildeten Mexiko mit den zwei kurzen Monarchien 1822/23 und später 1863–1867 sowie Brasilien, welches zwar bis 1889 die monarchische Staatsform beibehielt, in der Verfassung von 1824 aber ein System moderner Repräsentation einführte.
 - 2 Siehe hierzu F.-X. Guerra. *The Spanish-American tradition of representation and its European roots*, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. 26 (1994), S. 32 sowie ders., *De la política antigua a la política moderna. La revolución de la soberanía*, in: ders./A. Lempérière u.a., *Los espacios públicos en Iberoamérica. Ambigüedades y problemas. Siglos XVIII-XIX*, México D.F. 1998, S. 109-139 und ders., *Le Mexique. De l'Ancien Régime à la révolution*, Publications de la Sorbonne, Paris 1985, Band I. Siehe hierzu u.a. auch den Beitrag von Christian Büschges in diesem Band.
 - 3 Nach der Auflösung Großkolumbiens 1830 wurde der Staat auf dem Gebiet des heutigen Kolumbien und Panama in Neu-Granada umbenannt. Auf diese Weise blieb die Bezeichnung „Kolumbien“ einer eventuellen Wiedervereinigung mit Ecuador und Venezuela vorbehalten.
 - 4 Eine erste Marktöffnung wurde bereits 1847 mit der Abschaffung der Differentialzölle sowie der Zusammenfassung und faktischen Senkung der Importabgaben unter der kon-

1840er Jahre die beiden auch heute noch bestehenden Parteien, Liberale und Konservative aus⁵, welche vor allem in ihren Vorstellungen hinsichtlich der Stellung der Kirche sowie der Rechte des Individuums in der Gesellschaft differierten.

Innerhalb der Liberalen adaptierten aufstrebende Schichten den französischen Diskurs von 1848.⁶ Nach dem Regierungswechsel von 1849 hatte dies auf formaler Ebene neben der gesetzlichen Verankerung bürgerlicher Freiheiten auch die Ausweitung der politischen Partizipation durch die 1853 erfolgte Einführung des allgemeinen Wahlrechts⁷ zur Folge. Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit politische Partizipation nur innerhalb des politischen Systems stattfand und wie sich die Relation der juristischen zur diskursiven Konstruktion des Staatsbürgers einerseits und den Machtpraktiken der Liberalen andererseits darstellte.

Ausgangspunkte des liberalen Projekts

Zur Konsolidierung der politischen Ordnung wurde schon seit der Verfassung von 1830 die Repräsentation des Volkes strikt auf eine Interessenvertretung innerhalb des politischen Systems beschränkt. So verfügte auch in den folgenden Verfassungen ein eigener Artikel, kein Individuum oder keine Körperschaft außerhalb des politischen Systems dürfe im Namen des

servativen Regierung Tomás Cipriano de Mosqueras 1845–1849 in die Wege geleitet. Weitere Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels Neu-Granadas bildeten die Verbesserung von Kommunikation und Infrastruktur des Landesinneren mit der Küste.

- 5 Das 1848 veröffentlichte Parteiprogramm von Ezequiel Rojas (vollständig wiedergegeben in Anhang 6, in: C. Escobar Rodríguez, *La revolución liberal y la protesta del artesanato*, Fundación Universitaria Autónoma de Colombia, Bogotá 1990, S. 333-340) wird allgemein als erstes offizielles Dokument der liberalen Partei betrachtet. Die Konservativen formierten sich unter diesem Namen erst im darauffolgenden Jahr zu einer Partei, H.-J. König, *Auf dem Wege zur Nation. Nationalismus im Prozeß der Staats- und Nationbildung Neu-Granadas 1750 bis 1856*, Wiesbaden 1988, S. 285.
- 6 Zu der Rezeption französischen Gedankenguts in Neugranada siehe einige ältere Arbeiten, etwa J. Jaramillo Uribe, *La influencia de los románticos franceses y de la revolución de 1848 en el pensamiento político colombiano del siglo XIX*, in: ders., *La personalidad histórica de Colombia y otros ensayos*, Bogotá 1977, S. 181-203; R.L. Gilmore, *Nueva Granada's socialist mirage*, in: *Hispanic American Historical Review*, Vol. 36, Nr. 2 (1956), S. 190-210; A. Shulgovski, *La 'Comuna de Bogotá' y el socialismo utópico*, in: *América Latina (Moskau)*, No. 8 (1985), S. 45-57. Eine genauere Erforschung dieses Kulturtransfers steht noch aus.
- 7 Sofern hier und im folgenden von Wahlrecht die Rede ist, bezieht sich dies ausschließlich auf das Recht für Männer. Die Anerkennung des Frauenwahlrechts vollzog sich für das Gebiet des heutigen Kolumbien erst 1957 und steht damit im lateinamerikanischen Vergleich an drittletzter Stelle, siehe Th. Skidmore/P. Smith, *Modern Latin America*, Oxford u.a. 1984, S. 66.

Volkes handeln und „noch viel weniger sich das Prädikat *Volk* anmaßen“.⁸ Politische Repräsentation sollte ausschließlich durch die Ausübung des Wahlrechts erfolgen, wobei allerdings dieser Zugang zu legalen politischen Partizipationsmöglichkeiten auf bestimmte Bevölkerungsgruppen beschränkt war. In dieser Hinsicht setzte die als besonders restriktiv empfundene, 1843 als Konsequenz des Bürgerkriegs *Guerra de los Supremos*, verabschiedete Verfassung die konstitutionelle Tradition seit der Unabhängigkeit Großkolumbiens⁹ fort. Die Zweiteilung zwischen *granadinos* einerseits und wahlberechtigten *ciudadanos* andererseits war an einen gewissen Besitz sowie an Alphabetentum gebunden.¹⁰ Weitere Einschränkungen wurden durch einen indirekten Wahlmodus ermöglicht, bei dem Wahlmänner für die Dauer von vier Jahren¹¹ fest gewählt wurden. Für das Amt des Wahlmannes galt zusätzlich eine Altersgrenze von 25 Jahren und die Beherrschung des Lesens und Schreibens.¹²

Gestaltung und Umsetzung der politischen Ordnung der 1840er Jahre boten seitens der Liberalen auch nach deren Machtübernahme Anlaß zu

8 Die direkte Repräsentation durch Machtergreifung „im Namen des Volkes“ sollte so – offensichtlich aus der Erfahrung der Diktatur Bolívars von 1828 heraus – verhindert bzw. strafbar gemacht werden. In der Verfassung von 1830 siehe Título XI, Art. 154, in: D. Uribe Vargas, *Las constituciones de Colombia. Historia, crítica y textos*, Madrid 1977, Band II, S. 773.

9 Die erste zentrale Verfassung wurde 1821 auf dem Kongreß von Cúcuta verabschiedet, es folgten die Verfassungen der Jahre 1830 und 1832 (Neu-Granada).

10 In der Verfassung von 1843 handelte es sich um ein Alter von 21 Jahren, den Besitz einer Liegenschaft im Wert von 300 Pesos alternativ zu einem jährlichen Einkommen von 150 Pesos und das Alphabetentum ab dem Jahr 1850. Diese Frist ist mit der Annahme zu erklären, daß zu dem Zeitpunkt der Einfluß des republikanischen Bildungssystems bereits hinreichend gewährleistet sei. *Constitución política de la República de la Nueva Granada* (20 de abril de 1843), in: D. Uribe Vargas, *Las constituciones* (Anm. 8), Band II, S. 832. Interessant ist die vergleichende Aufstellung der Wahlrechtskriterien für Großkolumbien/Neu-Granada bei D. Bushnell, *El sufragio en la Argentina y en Colombia hasta 1853*, in: *Revista del Instituto de Historia del Derecho Ricardo Levene* (Buenos Aires), Nr. 19 (1968), S. 11-29.

11 Dies stellte eine Verschärfung gegenüber der Verfassung von 1832 dar, die Primärwahlen im Abstand von zwei Jahren festgelegt hatte, *Constitución del Estado de la Nueva Granada* (29 de febrero de 1832), Título IV, Sección I, Art. 16, in: D. Uribe Vargas, *Las constituciones* (Anm. 8), Band II, S. 792.

12 Leider liegen weder Zahlen zu den Wahlberechtigten nach dieser Regelung noch zu den tatsächlichen Wählern (*sufragantes*) vor. Für die Präsidentschaftswahlen 1852 gaben 2008 Wahlmänner (*electores*) ihre Stimme ab; basierend auf Schätzungen anhand des Zensus von 1851 stellte dies etwa 0,4 Prozent der nach Verkündung des allgemeinen direkten Wahlrechts 1853 wahlberechtigten Bevölkerung und 0,09 Prozent der Gesamtbevölkerung Neu-Granadas dar. D. Bushnell, *Elecciones presidenciales colombianas 1825–1856*, in: M. Arrubla/M. Urrutia (Hrsg.), *Compendio de estadísticas históricas de Colombia*, Bogotá 1970, S. 277 und 311f. Die Berechnung der 0,4 Prozent für 1852 orientiert sich an den Parametern der dort angeführten Schätzungen.

einer vehementen Abgrenzung von den konservativen Regierungen¹³. Mit der Bezeichnung des politischen Systems als „Aristokratie“ und „Absolutismus“ wurden die vorangegangenen Regierungen in politischen Kategorien des *Ancien Régime* beschrieben und das damit verbundene Verständnis von Politik als Mittel zur Ausweitung bestehender sozialer Macht¹⁴ scharf kritisiert. Im Rahmen einer Differenzierung demokratischer und autokratischer Systeme wurden etwa die Machtverflechtungen innerhalb der „Herrscherfamilie“ Mosquera¹⁵ angeprangert:

„Allmählich kommt es in Neu-Granada zu einer kompletten Abgrenzung des Volksprinzips, welches *das Volk* als Quelle von Macht und Autorität anerkennt, vom absolutistischen Prinzip, welches Autorität und Macht von den uralten Thronen einer königlichen, kaiserlichen etc. Familie abhängig macht. Das erste Prinzip heißt *Demokratie*, und das zweite *Autokratie*. [...] Die Familie [Mosquera, U.B.], die sich in Neu-Granada mit Hilfe des Ehrgeizes eines Erzbischofs und eines Generals einbilden mag, davon geträumt zu haben, die Staatsgewalt für immer zu ergreifen, ist eine Familie ohne die Ressourcen, die für ein derartiges Unternehmen erforderlich wären. Ohne Reichtümer, ohne Allianzen zu gekrönten Häuptionern und auch noch ohne Adelstitel, die das Volk faszinieren könnten, ist es unmöglich, dies aufrecht zu erhalten, denn die Autokratie ist in Neu-Granada ein verlorenes Unterfangen.“¹⁶

Das politische System wurde von den Liberalen folglich als reine Repräsentation der Oberschichten und, im Extremfall, einer einzigen Familie verurteilt. Eine breite Partizipation war ihrer Ansicht nach von den Konservativen unterdrückt worden, da das Bestreben vorherrsche,

13 Diese Zuordnung bezieht sich auf die Zugehörigkeit der damals sich bereits abzeichnenden Parteiströmungen; auch die Regierung Mosquera wurde also trotz ihres Programms der wirtschaftlichen Öffnung unter wesentlicher Mitwirkung des bedeutenden Liberalen Florentino González als konservativ empfunden, da Tomás Cipriano de Mosquera bei seiner Wahl 1845 als Kandidat der konservativen Parteiung angetreten war.

14 F.-X. Guerra, *Le Mexique* (Anm. 2), S. 148.

15 Die Mosqueras, eine der reichsten und traditionellsten Familien Popayáns, bieten ein eindrucksvolles Beispiel der Machtausdehnung von Familiennetzwerken auf die nationale Ebene. Die zentrale Figur bildete General Tomás Cipriano de Mosquera, Präsident Neu-Granadas 1845-49 sowie 1860-63 und 1866-67. Sein Bruder Joaquin war 1830 übergangsweise Präsident, sein Schwager Pedro Alcántara Herrán bekleidete 1841-45 dieses Amt. Zudem sorgte Tomás Cipriano de Mosquera dafür, daß ein weiterer Bruder, Manuel José, 1834 zum Erzbischof von Bogotá gewählt wurde. Zu Mosquera siehe den Überblick von L. Helguera, *Ensayo sobre el General Mosquera y los años 1827 a 1842 en la historia neogranadina*, in: ders./R. Davis. (Hrsg.), *Archivo Epistolar del General Mosquera, Bogotá 1972*, Band I, S.12-48.

16 *La Democracia* (Cartagena), Nr. 12, 21.2.1850.

„von politischen Geschäften jene Individuen auszuschließen, die der [liberalen, U.B.] Partei angehörten, die sie [1840 in der *Guerra de los Supremos*, U.B.] gerade besiegt hatten“¹⁷.

Die politischen Praktiken der konservativen Regierung wurden vehement kritisiert, so etwa der Machtmißbrauch in Form von Ämterpatronage aufgrund von Verwandtschaft oder Freundschaft¹⁸ und die Willkür innerhalb des Justizsystems¹⁹. Die Kritik richtete sich also in erster Linie gegen ein traditionelles Politikverständnis, nach dem exklusive politische Akteure Einheiten repräsentieren, die auf sozialen, regionalen oder verwandtschaftlichen Zuordnungen beruhen. Dem setzten die Liberalen von 1849 rhetorisch ein Modell entgegen, welches, ausgehend von den Menschen als Individuen, eine politische Partizipation und Repräsentation des Volkes schaffen sollte.

Schaffung einer politischen Öffentlichkeit²⁰

Die Wahl des Liberalen General José Hilario López zum Präsidenten Neu-Granadas am 7. März 1849 löste die zwölf Jahre währende Herrschaft der konservativ geprägten sogenannten *ministeriales*²¹ ab. Dieses Ereignis stellte in zweierlei Hinsicht eine bedeutende Neuerung dar: Zum einen bildete der Machtwechsel den Ausgangspunkt für den neuen Modernisierungsliberalismus, der wesentlich von der ersten rein republikanisch sozialisierten Generation Neu-Granadas gestalten wurde. Nach der Niederschlagung der Liberalen in der *Guerra de los Supremos* hatten diese unter Repressionen zu leiden, die dazu führten, daß sie als Partei für fünf Jahre nahezu voll-

17 La Democracia, Nr. 4, 1.5.1849.

18 S. Camacho Roldán, La nueva administración, in: ders., Escritos sobre economía y política, Bogotá 1976, S. 158f.

19 Die berühmt gewordene Schrift Ezequiel Rojas', La razon de mi voto, listet die verschiedenen Arten des Mißbrauchs auf: Straflosigkeit, unklare Gesetzgebung sowie Willkür in der Auslegung des Gesetzes und in Personalentscheidungen, in: C. Escobar Rodríguez, La revolución liberal (Anm. 5), S. 335f.

20 Zu diesem Themenkomplex siehe vor allem: F.-X. Guerra u.a., Los espacios públicos en Iberoamérica. Ambigüedades y problemas. Siglos XVIII-XIX, México 1998; H. Sabato, On political citizenship in nineteenth-century Latin America, in: American Historical Review, Vol. 106, Nr. 4 (2001), S. 1290-1315; dies., La política en las calles. Entre el voto y la movilización. Buenos Aires, 1862-1880, Buenos Aires 1998; dies., Citizenship, political participation and the formation of the public sphere in Buenos Aires 1850s-1880s, in: Past&Present, Nr. 136 (1992), S. 139-163.

21 Dieser Name wurde Ende der 1830er Jahre als abfällige Bezeichnung für die gemäßigten *santanderistas* („*moderados*“) und alten *bolivianos* geprägt, die seit 1837 gemeinsam die Regierung stellten. Aus dieser Gruppe ging später die konservative Partei hervor.

ständig von der politischen Bühne verschwanden. Eine umfassende Amnestie wurde 1840 abgelehnt, bedeutende Führungspersönlichkeiten exiliert²². Erst mit der gesellschaftlichen Rehabilitation dieser Gruppe²³ und dem Heranwachsen der neuen Generation gelang es den Liberalen, sich erneut öffentlich darzustellen.

Der Aspekt einer gezielten Nutzung des öffentlichen Raums zur Gestaltung politischer Meinung spielte innerhalb des liberalen Projekts eine wichtige Rolle. Zum einen hatte dies das Hervorbringen einer reichhaltigen Presselandschaft zur Folge. Eine Vielzahl lokaler, zum Teil auch national verbreiteter politischer Publikationen mit Nähe zur liberalen Partei wurde ins Leben gerufen. In verschiedenen Städten bildeten sich Lesezirkel; öffentliche Lektüren vor allem der zum Umkreis der französischen Revolution von 1848 zählenden Literatur wurden einem breiten Publikum angeboten²⁴.

Zum anderen nutzten liberale Politiker den öffentlichen Raum zu politischen Auftritten im Sinne von performativen Darstellungen²⁵ vor ihrem Publikum. Obgleich bislang weitere Untersuchungen solcher Darbietungen fehlen, soll hier die Funktion von Performanz exemplarisch anhand der Reise des neuen liberalen Gouverneurs der Provinz Cartagena (und späteren Präsidenten) José María Obandos zu seinem Amtsantritt im Juni 1849²⁶ dargestellt werden. Während schon sein Empfang und das öffentliche Auftreten Obandos in den jeweiligen Provinzstädten mit Musikkapellen, Feuerwerken, Triumphbögen etc. als Volksfeste inszeniert wurden, gelang es

22 So wurden etwa der Präsidentschaftskandidat Vicente Azuero sowie der von Santander als Nachfolger favorisierte General José María Obando des Landes verwiesen, eine Auflistung weiterer Exilierter findet sich in V. Uribe Uran, *Honorable lives: lawyers, family and politics in Colombia, 1780–1850*, Pittsburgh 2000, S. 134.

23 Der dezidierte Liberale Florentino González etwa, der noch 1837 aus dem damaligen Regierungskabinetten entlassen worden war, wurde 1846 von Präsident Mosquera als Finanzminister berufen. F. Safford/M. Palacios, *Colombia. Fragmented land, divided society*, New York 2002, S. 145f., 191.

24 Für Cartagena siehe die Ankündigungen öffentlicher Lesungen in den frühen Ausgaben der liberalen Zeitung *La Democracia*, etwa „Lecturas públicas“, Nr. 2, 10.4.1849. Siehe auch J. Jaramillo Uribe, *La influencia de los románticos franceses y de la revolución de 1848 en el pensamiento político colombiano del siglo XIX*, in: ders., *La personalidad histórica de Colombia y otros ensayos*, Bogotá 1977, S. 181–203; R. L. Gilmore, *Nueva Granada's socialist mirage* (Anm. 6).

25 Zu dem Konzept der Performanz siehe etwa E. Fischer-Lichte, *Vom „Text“ zur „Performance“*. Der „performative turn“ in den Kulturwissenschaften, in: G. Stanitz/W. Voßkamp (Hrsg.), *Schnittstelle: Medien und Kulturwissenschaften*, Köln 2001, S. 111–115 sowie A. Parker/E. K. Sedgwick (Hrsg.), *Performativity and performance*. New York 1995.

26 Siehe die Berichte in M. Corrales, *Efemérides y anales del Estado de Bolívar en la Unión Colombiana*, Bogotá 1892, Band IV, S. 41–51.

diesem, durch spontanes Agieren und gezielte Gestik den Eindruck unmittelbarer Volksnähe noch zu verstärken. Seine unerwartete Ankunft in Mompós etwa koinzidierte mit einer lokalen religiösen Prozession. Als Obando dies erfuhr, „drängte er darauf, daß wir gemeinsam mit ihm zu dieser zurückkehrten, und so geschah es dann auch. Als wir uns ihr eingliederten, überreichte man ihm die Prozessionsstandarte und er nahm sie an.“²⁷ Unterschiedlose Nähe und Volksverbundenheit drückte Obando auch bei seiner Ankunft in Cartagena aus, indem er „seine Arme nicht einmal dem Ärmsten und Bedürftigsten versagte: alle umarmte er.“²⁸

Das offene Zurschaustellen von Emotionen wurde von den Berichterstattern durchweg positiv ausgelegt und steigerte noch die Authentizität Obandos Persönlichkeit. Die Wirkung dieses gefühlsbetonten Auftretens – „erfüllt von Emotionen, drückte er sie an seine Brust und zeigte so eine Sanftheit, die alle Anwesenden rührte“²⁹ – spiegelte sich in den Beschreibungen Obandos Charakters wider. Auffallend viele Berichte enthalten Attribute wie „Sanftheit“³⁰, „Sanftmut seines Charakters, seine Güte und Höflichkeit“, „jene Herzlichkeit, die für ihn charakteristisch ist“, „er ließ den Grund seiner noblen Seele sehen“³¹, „dazu bestimmt, die gefühlvollsten Sympathien zu wecken und alle Herzen zu gewinnen“³².

Obando, der 1840 als Anführer der *Guerra de los Supremos* des Landes verwiesen worden war und erst mit der liberalen Machtübernahme nach Neu-Granada zurückkehrte, stellte sich gerade unter Zuhilfenahme von Emotionalität und dem Verzicht auf öffentliche Kritik an seinen politischen Gegnern als Opfer, als einer der „unschuldig Verfolgten“³³ dar: „obwohl Ereignisse erwähnt wurden, einige glorreich, andere schmerzhaft, und die Empfindungen, die seine Brust bewegten, sich in seinem Antlitz zeigten, hörte man von ihm nicht einen Seufzer, nicht eine Klage, die direkt oder indirekt an seine Feinde gerichtet wäre.“³⁴

Die Bedeutung solcher Auftritte national bekannter Persönlichkeiten war auch für die lokale politische Ebene nicht unerheblich, ließen sie doch Raum für die Inszenierungen der jeweiligen dortigen counterparts:

„Die Musik folgte dem Zug mit einem traurigen Marsch, und alle gingen schweigend, bis sie an Anleger angekommen waren und Doktor Bernal sich im

27 M. Corrales, *Efemérides* (Anm. 26), Band IV, S. 41.

28 Ebenda, S. 46.

29 Ebenda, S. 44.

30 Ebenda.

31 Ebenda, S. 42f.

32 Ebenda, S. 45.

33 Ebenda, S. 41.

34 Ebenda, S. 50.

Namen des Dorfes vom General verabschiedete. Die Rede Doktor Bernals, die den Anwesenden schmeichelnd und pathetisch klang und sogar Tränen hervorrief, bewegte den tapferen Soldaten, der einige Worte stammelte, den Abschied mit einer schmerzvollen Geste erwiderte und sich im Boot verbarg.³⁵

Ein entscheidender Faktor der Nutzung politischer Öffentlichkeit für das Wiedererstarken der liberalen Partei lag in der Allianz zunächst nur einer Gruppe junger Liberalen mit den in der *Sociedad de Artesanos* organisierten bogotaner Handwerkern. Die vermeintliche Interessenkonvergenz beider Gruppen mündete in ein offenes Eintreten der nun in *Sociedad Democrática* umbenannten Vereinigung für die Kandidatur des General López; am Tag der Wahl selbst kam es zu einer massiven Präsenz von Handwerkern am Wahlort. Unmittelbar nach dem liberalen Sieg erfuhren Neugründungen von *Sociedades Democráticas* die ausdrückliche Unterstützung der liberalen Partei, so daß sie sich zu Massenorganisationen nationaler Verbreitung entwickelten.³⁶

Die liberale Presse unterstützte eine solche Formierung und Bündelung von politischen Kräften in Organisationen wie den *Sociedades Democráticas*. Zielsetzung war die Bildung einer „Einheit von Aktion und Gedanken, die aus einer Ansammlung von Individuen ein politisches ICH macht“. Den Vereinigungen sollte die Aufgabe einer politischen Bewußtseinsbildung zukommen, indem sie dem Bürger „die Grenzen seiner Abhängigkeit als Regiertem“ aufzeigen sollten³⁷. Die positive Bewertung von Zusammenschlüssen ging so weit, daß jegliche Vereinigung von Kräften als „Sozialismus“ interpretiert³⁸ und so in ein in der zeitgenössischen politischen Öff-

35 M. Corrales, *Efemérides* (Anm. 26), Band IV, S. 45.

36 Die *Sociedad de Artesanos* wurde am 7.10.1847 in Bogotá als politische Interessenvertretung der Handwerker gegen die Freihandelspolitik der Regierung Mosquera gegründet. Mitte 1849 öffnete sie sich im Zuge ihrer Umbenennung ausdrücklich auch für andere Berufsgruppen. Zu den *Sociedades Democráticas* und ihrer Rolle während der liberalen Herrschaft 1849–1854 existiert eine Vielzahl von Quellen und Darstellungen; es sollen hier nur die neuesten Monographien genannt werden: F. Gutiérrez Sanín, *Curso y discurso del movimiento plebeyo (1849–1854)*, Bogotá 1995; D. Sowell, *The Early Colombian labor movement: artisans and politics in Bogotá, 1832–1919*, Philadelphia 1992; C. Escobar Rodríguez, *La revolución liberal* (Anm. 5); S. Guerra Vilaboy, *Los artesanos en la revolución latinoamericana. Colombia (1849–1854)*, Bogotá 22000 (erstmalig La Habana 1990). Eine Aufstellung der geografischen Verbreitung und Zielsetzung der einzelnen *Sociedades* findet sich bei R. Vega Cantor, *Liberalismo económico y artesanado en la Colombia decimonónica*, in: *Boletín Cultural y Bibliográfico* (Bogotá), vol. 27, Nr. 22 (1990), S. 56 und 57.

37 *La Democracia*, Nr. 30, 27.6.1850.

38 Sozialismus wurde so besonders als ökonomischer Zusammenschluß und Bildung von Unternehmen gesehen, „die ein Mensch allein zu errichten sicherlich nicht imstande gewesen wäre.“ Ziel war die dem Utilitarismus Benthams entnommene Vorstellung des Wohls der größten Anzahl von Beteiligten. In diesem Sinne richteten sich die Forderungen

fentlichkeit oftmals negativ konnotiertes Wort³⁹ umgedeutet wurde. Einen wesentlichen Platz im Diskurs der Liberalen nahm – auch im Sinne der politischen Mobilisierung – die Betonung der Offenheit politischer Vereinigungen für alle Bürger ein: „Die Mitwirkung in den politischen Gesellschaften, diesen Versammlungsplätzen der Bildung, in denen die Überzeugungen der jeweiligen Partei praktiziert werden, ist eine weitere Angelegenheit, für die alle Bürger geeignet sind.“⁴⁰ Auf diese Weise sollte jeder Bürger an der Formulierung des Volkswillens beteiligt sein.

Die Legitimation der liberalen Herrschaft wurde in ihrer ersten Phase vorrangig aus der Willensäußerung der politischen Öffentlichkeit abgeleitet. In der Propagierung der Regierung López als „Werk des Volkswillens“⁴¹ wird deutlich, in welchem Maße die Unterstützung vor allem seitens der Handwerker in den Städten mit einer Willensäußerung der gesamten Bevölkerung gleichgesetzt wurde:

„Wir sind der Überzeugung, daß jeder, der sich die Mühe machte, durch die Provinzen Neu-Granadas zu reisen und die Bevölkerung aufmerksam und gewissenhaft zu befragen, die Beständigkeit der demokratischen Republik erfassen und feststellen würde, daß die Mehrheit erkennt, aus der politischen Unwürdigkeit, in der sie bis zu diesem Zeitpunkt begraben war, herausgetreten zu sein und die oberste Schiedsgewalt über ihr eigenes Schicksal wiedergewonnen zu haben.“⁴²

Aus dieser Perspektive erfolgte keine Differenzierung einer auf der Öffentlichkeit basierenden politischen Partizipation zu dem in der Verfassung als einzig rechtmäßige Repräsentation des Volkes definiertem Akt der Wahl. So wurde der Kongreß als „erhabene Körperschaft der Nation, durchdrungen vom Geist der Massen, die er repräsentiert“⁴³ beschrieben. Die Tatsache, daß die vermeintlichen „Massen“ aber zum größten Teil nicht wahlberechtigt waren und folglich innerhalb des politischen Systems nicht partizipieren konnten, spielte hier keine Rolle.

Die Bezugnahme auf ein „Regieren mit der Mehrheit [der öffentlichen Meinung, U.B.]“ diente zwei Zielen: Zum einen wurde in ihr eine Stabilitätsgarantie gesehen, „denn wenn die Mehrheiten regieren, besteht kein Revolutionsrisiko. Die unwahrscheinlichste aller Unwahrscheinlichkeiten

gen gegen die wieder eingeführten wirtschaftlichen Privilegien und Sonderrechte der Kolonialzeit. *La Democracia*, Nr. 64, 20.2.1851.

39 R.L. Gilmore, *Nueva Granada's socialist mirage* (Anm. 6), S. 196f.

40 *La Democracia*, Nr. 30, 27.6.1850.

41 Discurso del Presidente de la república a los granadinos, in: A. Romero Aguirre, *Ayer, hoy y mañana del liberalismo colombiano*. Compilación de documentos doctrinarios del liberalismo colombiano y de sus nacionales y esxtranjeras, Bogotá 41972, S. 115.

42 *La Democracia*, Nr. 3, 20.4.1849.

43 Ebenda.

wäre ein Aufstand.“⁴⁴ Zum anderen fungierte die Autoidentifikation der liberalen Partei mit dem „Volk“ und somit dessen Repräsentation in den Institutionen des politischen Systems auch weiterhin als Mobilisierungselement, galt doch die politische Priorität der Administration López zu diesem Zeitpunkt in erster Linie der Wahl des Vizepräsidenten sowie den Kongreßwahlen, die beide im Jahre 1850 stattfanden.

Definition des politischen Bürgers

In bezug auf die Ausweitung des formalen Rahmens politischer Partizipation bestand innerhalb der Liberalen keine einheitliche Position. So hatte diese während eines ersten Zeitraums, der während des Wahlkampfes Ende 1848/Anfang 1849 beginnt und bis in das Jahr 1851 hinein reicht, einen eher geringen Stellenwert innerhalb des liberalen Auftretens. Obwohl sich die eingangs erwähnte bogotaner Gruppe junger Liberaler um die Brüder Miguel und José María Samper sowie Salvador Camacho Roldán in ihren Artikeln und Reden die Aufhebung der Wahlrechtsbeschränkungen zu eigen machte⁴⁵, wurde diese Forderung weder in der Antrittsrede des Präsidenten López noch in zentralen Texten wie dem bereits genannten liberalen Manifest Ezequiel Rojas' aufgenommen.⁴⁶ In der Folgezeit wurde zwar immer wieder die Reform der Verfassung von 1843 auch in Hinblick auf die Wahlbestimmungen gefordert, nicht immer aber das unbeschränkte Wahlrecht in den Vordergrund gestellt.⁴⁷

In dieser Phase diente als Bezugspunkt der Konstruktion des Individuums die französische Formel von 1789: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die Definition der „oftmals mißverständenen“⁴⁸ Gleichheit erfolgte

44 La Democracia, Nr. 3, 20.4.1849.

45 Für Salvador Camacho Roldán siehe etwa den Artikel La nueva administración, in: ders., Escritos sobre economía y política, Biblioteca Básica Colombiana 13, Bogotá 1976, S. 157-160, für José María Samper El programa socialista de J.M. Samper, in: A. Romero Aguirre, Ayer, hoy y mañana (Anm. 41), S. 109.

46 Auch in den damaligen Flugblättern der Handwerker findet sich kein Verweis auf eine Einforderung des uneingeschränkten Wahlrechts. Siehe die Texte des Anhangs in: C. Escobar Rodríguez, La revolución liberal (Anm. 5).

47 So wurde etwa im Mai 1849 in der Zeitschrift *La Democracia* nicht das allgemeine Wahlrecht gefordert, sondern lediglich die Einführung des direkten Wahlmodus'. Dabei wurde sogar noch betont, dies geschehe „trotz der bedeutenden Unannehmlichkeiten, die ein solcher Modus mit sich bringt“, *La Democracia*, Nr. 4, 1.5.1849. Siehe ebenfalls die spontane Forderung eines Handwerkers nach einem direkten Wahlmodus, in: M. Corrales, Efemérides (Anm. 26), Band IV, S. 51.

48 Alocución del Gobernador de la Provincia de Cartagena, en el acto de la emancipación de los esclavos el día 1.º de Enero de 1852, in: M. Corrales, Efemérides (Anm. 26), Band IV, S. 89.

formal als juristische Gleichbehandlung innerhalb des bestehenden Systems; dies bezog sich besonders auf die Garantie der bürgerlichen Rechte, die Abschaffung der noch bestehenden Privilegien und wirtschaftlichen Monopole sowie das propagierte Ideal einer unabhängigen Rechtsprechung. Neben der endgültigen Abolition der Sklaverei als Ausdruck einer Angleichung des Rechtsstatus stellte vor allem das Gesetz zur Abschaffung jeglicher offizieller Titel zugunsten der Anrede „Bürger“ einen symbolischen Akt der Gleichheit dar. Eine soziale oder gar ökonomische Gleichheitsvorstellung war mit diesen Maßnahmen nicht verbunden. Soziale Hierarchien wurden als Reglementierungen sowohl der Natur als auch der Gesellschaft akzeptiert, aus denen sich der Mensch allerdings durch individuelle Anstrengungen befreien könne.⁴⁹

Schon vor der offiziellen Aufhebung der Sklaverei⁵⁰ mit Wirkung zum 1. Januar 1852 waren, wie etwa anlässlich des schon erwähnten Amtsantritts General Obandos in Cartagena, öffentliche Sklavenfreilassungen unter Proklamierung der Prinzipien von Freiheit und Gleichheit zelebriert worden.⁵¹ Diese Zeremonien erhielten eine metaphorische Bedeutung, indem der liberale Regierungswechsel analog zur Unabhängigkeit gedeutet und anhand der jeweiligen Sklavenfreilassung eine lineare Verbindung zwischen der Emanzipation von der spanischen Kolonialherrschaft und der Befreiung von der Oligarchie durch die Wahl von General López hergestellt wurde.⁵²

Bei den Befreiungszeremonien erfuhr die moralische Bedeutung vor allem des Freiheitsbegriffs eine ausdrückliche Betonung. In einer scharfen Abgrenzung zur „Freizügigkeit“ wurden die freigelassenen Sklaven ermahnt, sich fortan, ähnlich wie bisher ihrem Herrn, der Republik und ihren Gesetzen zu unterwerfen und mit „republikanischer Bescheidenheit“⁵³ in die Gesellschaft einzugliedern. Nicht umsonst wurde das französische Re-

49 Ebenda, S. 87-90.

50 Auf dem Kongreß von Cúcuta 1821 war der Sklavenhandel abgeschafft und alle Kinder von Sklavinnen als frei erklärt worden. Allerdings sollten diese bis zu ihrem 18. Lebensjahr in einer Art erzieherischen Obhut des Herrn verbleiben, so daß die Abhängigkeit de facto bestehen blieb.

51 Weitere Sklavenfreilassungen fanden im ganzen Land statt, siehe H.-J. König, „Auf dem Wege zur Nation. Nationalismus im Prozeß der Staats- und Nationbildung Neugranadas 1750 bis 1856, Stuttgart 1988, S. 280.

52 Das Kapitel „El General José María Obando en la Costa“, in: M. Corrales, Efemérides (Anm. 26), Band IV, S. 41 ff. enthält mehrere Augenzeugenberichte von Sklavenfreilassungen. Am ausführlichsten ist die Freilassung zur Feier der Einweihung der *Sociedad Democrática de Cartagena* beschrieben, Inauguración de la Sociedad Democrática, ebenda, S. 62-65.

53 Inauguración de la Sociedad Democrática, in: ebenda, S. 64.

volutionstrinom hier in „Brüderlichkeit, Freiheit und Ordnung“⁵⁴ abgewandelt: bei aller Propagierung von Freiheit und Gleichheit sollte in erster Linie doch die soziale Ordnung gewahrt werden. So wurde „Freizügigkeit“ als Wegbereiter von Chaos und Anarchie beschrieben⁵⁵, welche aber durch die „Tugend“ der „guten Bürger“ verhindert würden⁵⁶.

In einer zweiten Phase äußerte sich die vorhandene Ambivalenz der formalen Definition politischer Partizipation in einer Debatte um den Stellenwert der Bildung als Kriterium des idealen Staatsbürgers. Die „Erfindung“ des politischen Bürgers vollzog sich auch weiterhin innerhalb eines Rahmens, der durch den liberalen Anspruch nach einer moralischen Erneuerung der Gesellschaft geprägt war:

„Die moralische, intellektuelle und materielle Stärkung des granadinischen Volkes durch die wahre Demokratie: hierin besteht die Zusammenfassung der Absichten, die wir hegen.“⁵⁷

Bildung sollte hier sowohl wirtschaftliche (im Sinne eines Beitrags zum „nationalen Reichtum“⁵⁸) als auch politische Funktionen übernehmen. Dabei stand neben der individuellen Kenntnis der Rechte vor allem die Konsolidierung der liberalen Regierung als Garantie von Ordnung und Erhalt des sozialen Status quo im Sinne einer „Mäßigung der Sitten“ im Vordergrund⁵⁹.

Im Kontext des Bildungsdiskurses vollzog sich eine semantische Differenzierung des Volksbegriffs: War in der ersten Zeit des Wahlsieges von „dem Volk“ im Sinne der gesamten Bevölkerung die Rede, so wurde nun innerhalb dieser Bedeutung häufig zwischen dem politischen „Volk“ und den ungebildeten „Massen“ unterschieden. Dementsprechend wurde die Demokratie als „Regierung des Volkes“ bezeichnet, „nicht aber ausgeübt in den Tumulten und der Zügellosigkeit der Massen, sondern von einem republikanischen Volk, welches durch das Gespür für Freiheit und rationale Gleichheit diejenigen vereint, die, durch Bildung in Bewegung gebracht, für Ordnung und Gerechtigkeit eintreten.“⁶⁰

Im April 1851 wurde im Kongreß der erste Entwurf einer Verfassungsänderung präsentiert und zur Debatte gestellt. Dieser enthielt eine Bestim-

54 Ebenda, S. 62.

55 Discurso del Señor Dr. José Manuel Royo, in: ebenda, S. 66.

56 Discurso del Señor Dr. José Manuel Royo, in: ebenda, S. 68.

57 La Democracia, Nr. 1, 1.4.1849.

58 La Democracia, Nr. 11, 14.2.1850.

59 Es ist bezeichnend, daß etwa in einem Zeitungsartikel zu öffentlich angebotenen Lesungen in Cartagena die „mäßigende“ Funktion von Bildung noch vor dem Nutzen für den einzelnen Bürger erwähnt wird, La Democracia, Nr. 2, 10.4.1849.

60 La Democracia, Nr. 138, 26.9.1852.

mung, welche zwar die stärkere Einbeziehung der Wähler durch eine jährliche Wahl sowohl der Senatoren als auch der Repräsentanten vorsah, das Wahlrecht aber weiterhin durch das Bildungskriterium des Alphabetentums begrenzte.⁶¹ Die endgültige Debatte der Verfassungsreform wurde jedoch weiterhin aufgeschoben, bedingt durch den im Mai 1851 im Süden des Landes angezettelten Aufstand der Konservativen gegen die verabschiedete Abolition der Sklaverei sowie durch die Präsidentschaftswahlen von 1852.

Gerade in diesem Zeitraum nahmen die inhaltlichen Differenzen innerhalb der Liberalen zu; es kam zu einer faktischen Spaltung in die Gruppierungen der *gólgotas* und *draconianos*. Erstere, die ihre Bezeichnung aufgrund der Bezugnahme auf den Märtyrer von Golgatha erhalten hatten⁶², wurden vorwiegend durch junge Liberale der zweiten republikanischen Generation gebildet. Sie vertraten einen vehementen Freihandelsliberalismus und rekurierten besonders in der ersten Phase der liberalen Regierung auf die Rhetorik des utopischen Sozialismus. Die *draconianos* hingegen, welche ihren Spitznamen der Befürwortung der Todesstrafe verdankten, setzten sich größtenteils aus Altliberalen – oftmals ehemaligen Kämpfern der Unabhängigkeit – zusammen; politisch traten sie für einen moderaten Reformismus ein.

Die Trennungslinie in Hinblick auf das Wahlrecht scheint allerdings nicht entlang dieser Spaltung zu liegen. So waren die *gólgotas* in ihrem Programm der im September 1850 in Bogotá gegründeten Vereinigung *Escuela Republicana* noch dezidiert für die Einführung eines allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts eingetreten, doch schon im Juli 1851 wurden abweichende Meinungen in der Zeitschrift der *Escuela* publiziert.⁶³ Auf der anderen Seite wurde etwa in der den *draconianos* nahestehenden Zeitung *El Patriota* noch kurz vor der Verfassungsreform 1853 vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes gewarnt⁶⁴, wogegen bereits im März 1851 Präsident López, der ebenso wie José María Obando der Gruppe der *draconianos* zuzurechnen war, diese Maßnahme als Bestandteil einer überarbeiteten Verfassung angekündigt hatte.⁶⁵ Auch José María Obando trat in seiner Antrittsrede als Präsident für die Ausweitung des

61 J. M. Restrepo, *Diario político y militar. Memorias sobre los sucesos importantes de la época para servir a la historia de la Revolución de Colombia y de la Nueva Granada, desde 1849 para adelante*, Bogotá 1954, Band IV: 1849–1858, S. 132f.

62 J.S. Samper, *Historia de una alma*, Biblioteca Popular de Cultura Colombiana, Bogotá 1946, Band I: 1834–1881, S. 256.

63 H.-J. König, *Auf dem Wege zur Nation. Nationalismus im Prozeß der Staats- und Nationbildung Neu-Granadas 1750 bis 1856*, Wiesbaden 1988, S. 289.

64 *El Patriota* (Cartagena), Nr. 8, 10.3.1853.

65 J. M. Restrepo, *Diario político y militar* (Anm. 61), Band IV, S. 121.

Wahlrechtes als Quelle der Volkssouveränität ein.⁶⁶ Am 21. Mai 1853 schließlich wurde das allgemeine direkte Wahlrecht in der neuen Verfassung verabschiedet.⁶⁷

Der kontroverse Diskurs bezüglich der Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts reflektiert den Status Neu-Granadas als Gesellschaft im Übergang von einer traditionellen zur modernen Politik. Die Befürworter der Reform vertraten eine durch die begeisterte Aufnahme der bürgerlichen europäischen Revolutionen von 1848 verstärkte Politikkonzeption der Moderne auf Grundlage gleichwertiger Individuen als politische Akteure innerhalb einer Gemeinschaft. Die politische Mitwirkung und Entscheidungskraft des Einzelnen äußerte sich in dieser Konzeption allein in der Übertragung der Souveränität durch den Wahlakt.⁶⁸ Dementsprechend habe jedes Individuum innerhalb der Gemeinschaft das Recht auf Teilnahme an den Wahlen als Möglichkeit zur politischen Gestaltung.⁶⁹

Die Argumentation der Reformgegner innerhalb der Liberalen bezog sich nicht in erster Linie auf den modernen Referenzrahmen, sie war eher die Konsequenz einer abweichenden Bewertung der neogranadinischen Realität. In der fehlenden Bildung der Mehrzahl der Bevölkerung sahen sie die Gefahr der Manipulation:

„Ein Mensch, der nicht lesen und schreiben kann, ist weniger als ein Mensch: er ist ein Automat. [...] dieser Mensch, der nicht lesen und schreiben kann, wird sich entweder vollkommen der Ausübung seines kostbaren Vorrechts enthalten [...] oder mechanisch dem erstbesten Einfluß nachgeben. [...] Das wirksame Fundament eines jeden republikanischen Systems ist die elementare Bildung aller und jedes einzelnen der Teilhaber. [...] In Neu-Granada fehlt dieses Fundament. [...] die absolute Ignoranz der Volksmassen ist der Tod, der unvermeidbare Tod der demokratischen Systeme.“⁷⁰

66 Alocución del Presidente de la República a los Granadinos, in: J.M. Obando, *Obras selectas. Escritos civiles y militares*, Colección Fundadores, Bogotá 1982, S. 186-200.

67 Constitución política de la Nueva Granada (20 de mayo de 1853), Kap. I, Art. 2 und 3 sowie Kap. II, Art. 13, in: D. Uribe Vargas, *Las constituciones* (Anm. 8), Band II, S. 867-884.

68 Die Verfassung von 1853 formulierte dies explizit: „Der Wille des Volkes kann sich nur durch diejenigen ausdrücken, die diesen aufgrund eines gemäß dieser Verfassung erhaltenen Mandats repräsentieren.“, Constitución política de la Nueva Granada (20 de mayo de 1853), Kap. I, Art. 8, in: D. Uribe Vargas, *Las constituciones* (Anm. 8), Band II, S. 869.

69 Siehe etwa bei Manuel Murillo Toro, der diese Sicht auch nach dem Debakel der Liberalen bei den Kongreßwahlen 1853 aufrechterhielt. M. Murillo Toro, *El sufragio universal*, in: ders., *Obras selectas, Colección Pensadores políticos colombianos*, Bogotá 1979, S. 89-96.

70 *La Democracia*, Nr. 152, 2.1.1853.

Diese Perspektive erschien um so bedrohlicher, da durch die Konstellation „Kazike⁷¹, Dorfjurist, Pfarrer“⁷² Manipulationen zugunsten der Konservativen befürchtet wurden.⁷³ Gleichzeitig zeugt diese Sorge von der Wahrnehmung Neu-Granadas als einer zum großen Teil weiterhin durch traditionelle Prinzipien geprägten Gesellschaft. Kazike, Winkeladvokat und Pfarrer repräsentierten die Ausübung unmittelbarer sozialer Macht, die nach den Regeln ihrer exklusiven Körperschaften strukturiert war.

Es kann an dieser Stelle nicht ausführlich auf tatsächlichen Wahlpraktiken jener Zeit und ihrer Implikationen für die politische Praxis eingegangen werden⁷⁴. Als Illustration der Erkenntnis, daß die Ausweitung der Wahlberechtigung weder mit den Normen des politischen Systems noch mit der Konstruktion des idealen Bürgers korrelierte⁷⁵, soll aber eine Beobachtung des brasilianischen Botschafters während einer Reise durch Neu-Granada dienen. Jener beschreibt, wie ein älterer Mann des einfachen Volkes über die bevorstehenden Wahlen sprach und dabei zunächst „pompös deklamierte, daß seine Stimme bei der Wahl zum Provinzgouverneur geheim sei und er niemandem etwas sagen werde, weder vor noch nach der Wahl des Kandidaten seiner Sympathie.“ Die positive Überraschung über ein offensichtlich weit verbreitetes Bewußtsein der eigenen Interessen wurde sodann zunichte gemacht, als der Mann „eine Minute später erklärte, er werde für Calvo und nicht für Nieto stimmen und schließlich ausrief, er werde für denjenigen stimmen, der ihm mehr bezahle.“⁷⁶

71 Der Begriff Kazike bezeichnet lokale politische Machthaber, deren Stellung in der Regel auf informeller sozialer Macht beruhen.

72 M. Ancizar, Peregrinación de Alpha, passim in: R. Gilmore, El federalismo en Colombia, 1810–1858, Bogotá 1995, Band 1, S. 178.

73 Tatsächlich führten die ersten Wahlen 1853 nach den Bestimmungen des allgemeinen Wahlrechts zu einem klaren Stimmengewinn der Konservativen.

74 Siehe hierzu allgemein A. Annino (Co.), Historia de las elecciones en Iberoamérica, siglo XIX: de la formación del espacio político nacional, Buenos Aires 1995 und E. Posada-Carbó, Electoral juggling: A comparative history of the corruption of suffrage in Latin America, 1830–1930, in: Journal of Latin American Studies 32 (2000), S. 611–644. Speziell zu Kolumbien: ders., Civilizar las urnas: Conflicto y control en las elecciones colombianas, 1830–1930, in: C. Malamud (Hrsg.), Partidos políticos y elecciones en América Latina y la Península Ibérica, 1830–1930, Madrid 1995, Band I, S. 145–166.

75 H. Sábato, Elecciones y prácticas electorales en Buenos Aires, 1860–1880. ¿Sufragio universal sin ciudadanía política?, in: A. Annino (Co.), Historia de las elecciones (Anm. 74), S. 107–142.

76 M. de Lisboa, Relación de un viaje a Venezuela, Nueva Granada y Ecuador, Caracas/Madrid 1954, S. 314. Dem zum Gouverneur erklärten Liberalen Juan José Nieto wurde später seitens der Konservativen vorgeworfen, er habe die Wahlregister fälschen lassen. Siehe die von Nieto kommentierte Erklärung von Tomás Cipriano de Mosquera: Certificación, in: J.J. Nieto, El Ciudadano Juan José Nieto, Gobernador Suspenso de la

Konstituierung kollektiver Akteure

Zeitungen, Vereinigungen und politische Parteien bildeten sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts als Orte sowohl der Meinungsbildung als auch der Organisation von Repräsentation und politischer Durchsetzung des sog. „Volkswillens“ (*voluntad popular*⁷⁷). Letztere sollten besonders durch ihre Form von Zusammengehörigkeit gekennzeichnet sein, die auf einer Gemeinsamkeit von Vorstellungen basierte und somit durch keine sozialen Wertungen bestimmt war.⁷⁸ Schon der Diskurs der neogranadinischen Liberalen im Zuge der Debatte um eine juristische Definition des Staatsbürgers jedoch führt das Ideal eines politisch unabhängigen Individuums beispielhaft als Konstruktion vor. Die Eigendynamik politischer Praktiken hingegen kann am besten mikrogeschichtlich anhand der Struktur liberaler kollektiver Akteure untersucht werden. Die fehlenden bürokratischen Formalitäten politischer Vereinigungen der behandelten Zeit⁷⁹ und die damit verbundenen Zuordnungsschwierigkeiten zu einer Akteursgruppe ließ mich ein in der Größe der untersuchten Gruppe relativ überschaubares Beispiel wählen.

Die Stadt Cartagena de Indias, ehemals bedeutendes wirtschaftliches Zentrum des Vizekönigreiches Neu-Granada⁸⁰, war lokalpolitisch vom

Provincia de Cartagena, ante los Hombres honrados e imparciales de todos los partidos, Bogotá 1855.

77 Discurso del Presidente de la república a los granadinos, in: A. Romero Aguirre, Ayer, hoy y mañana (Anm. 41), S. 115.

78 Siehe hierzu das Kapitel „Les sociabilités modernes“, in: F.-X. Guerra, Le Mexique (Anm. 2), S. 142-163.

79 Parteizugehörigkeit drückte sich in diesem Zeitraum in erster Linie über Selbstzuordnung aus, übergreifende Organisationsstrukturen beschränkten sich auf die Kommunikation der jeweils regional herausragenden Persönlichkeiten untereinander, H. Delpar, Red against blue. The Liberal Party in Colombian Politics 1863-1899, Alabama 1981, S. 15.

80 Cartagena war offizieller Endpunkt der *Carrera de Indias* und der bedeutendste Hafen für die Distribution von Sklaven in ganz Südamerika gewesen. Bereits Mitte des 18. Jahrhunderts aber ist ein erheblicher Rückgang des offiziellen Handelsaufkommens zu verzeichnen, während ein Großteil der Wirtschaftsaktivitäten durch den Schmuggel bestimmt wurde. Mit der Gründung des *Consulado de Comercio* 1795 wurde versucht, eine stärkere Anbindung an den karibischen Raum sowie eine Förderung des Handels mit den angelsächsischen Häfen zu erreichen, wodurch die Eliten Cartagenas in scharfen Gegensatz zu den Wirtschaftsinteressen des Hochlandes um Santafé de Bogotá traten. Der wirtschaftliche Niedergang Cartagenas wurde durch verschiedene Faktoren weiter verstärkt: die besonders aus den Belagerungen der Stadt im Zuge der Unabhängigkeitskämpfe resultierende Dezimierung der Bevölkerung um ca. ein Drittel (D. Bossa Herazo, Cartagena independiente: Tradición y desarrollo, Bogotá 1967, S. 88; siehe auch G. Bell Lemus, El impacto económico de la independencia en Cartagena, 1821-1830“, in: ders., Cartagena de Indias: de la Colonia a la República, Colección Historia 3, Bogotá 1991, S. 105-131.), die Entwicklung der beiden konkurrierenden Häfen Barranquilla

Konservatismus bestimmt.⁸¹ Eine Kerngruppe von Akteuren⁸², die sich mit dem liberalen Machtwechsel von 1849 als dezidiert liberal positionierten, läßt sich daher relativ leicht identifizieren. Ausgangspunkt für die Bestimmung der Akteure bildet der Gründerkreis der liberalen Zeitung *La Democracia* (Antonio Benedetti, José Manuel Royo, Juan José Nieto, Vicente García y García, Rafael Núñez, José Araújo), der 1849 mit der erklärten Absicht antrat, die Ziele der neu gewählten Regierung José Hilario López zu unterstützen.⁸³ Dieser Kreis, der sich noch um einige liberale Akteure der ersten Stunde erweitern läßt⁸⁴, spielte in der ersten Phase des Regierungswechsels eine wichtige Rolle. Nicht nur bildete *La Democracia* nach dem Regierungswechsel das erste liberale Sprachrohr in Cartagena, gleichzeitig fungierten ihre Gründer als Initiatoren der *Sociedad Democrática de*

(der Hafen Sabanilla, damaliger Zugangshafen des heutigen Barranquilla, wurde 1849 in seinen Importrechten den übrigen Häfen Neu-Granadas gleichgestellt, *Habilitación del puerto de Sabanilla*, in: M. Corrales, *Efemérides* (Anm. 26), Band IV, S. 61.) und Santa Marta sowie durch die infrastrukturelle Isolierung aufgrund der Verschlammung des Verbindungskanals Canal del Dique zum Hauptstrom des Río Magdalena (siehe hierzu G. Bell Lemus, *El Canal del Dique, 1810-1840: el viacrucis de Cartagena*, in: ders., *Cartagena de Indias: de la Colonia a la República*, Colección Historia 3, Bogotá 1991, S. 131-149). Vor allem letzteres hatte zur Folge, daß die lokalen Handelseliten zwar eine Freihafenstellung Cartagenas (siehe Petitionen 1842, 1843 und 1844 in M. Corrales, *Efemérides* (Anm. 26), Band III, S. 419f., S. 436ff. und S. 451ff.) und infrastrukturelle Maßnahmen in Form des Ausbaus des Canal del Dique befürworteten, gleichzeitig aber eine Sonderstellung gegenüber Sabanilla und Santa Marta forderten. In politischer Hinsicht drückte sich dies in der Zuordnung Cartagenas zu den Konservativen aus, während Santa Marta und Barranquilla als liberal galten.

- 81 Für Cartagena schien diese Zuordnung aus der Anspruchshaltung eines ehemaligen kolonialen Zentrums in Verbindung mit dem realen wirtschaftlichen Niedergang zu resultieren, siehe F. Safford/M. Palacios, *Colombia. Fragmented land, divided society*, New York 2002.
- 82 Zu dem Problem „realer Akteure“ siehe F.-X. Guerra, *El renacer de la historia política: razones y propuestas*, in: *New History, Nouvelle Histoire: Hacia una nueva historia*, dir. por José Andrés-Gallego, Universidad Complutense de Madrid, Curso de verano 1992, Madrid 1993.
- 83 Siehe die Stellungnahme Prospecto der ersten Nummer von *La Democracia*, 1.4.1849.
- 84 Antonio González Carazo unterzeichnete 1850 gemeinsam mit Rafael Núñez eine Sondernummer von *La Democracia*, 7.12.1850. Antonio del Real fungierte 1850 als liberaler Kandidat Cartagenas für den Senat, scheiterte allerdings in der Wahl (*La Democracia*, Nr. 28, 13.6.1850). Antonio López Tagle wurde 1851 von der liberalen Regierung als Interimgouverneur Cartagenas ernannt (M. Corrales, *Efemérides* (Anm. 26), Band IV, S. 86), während Manuel Marcelino Núñez, bekannt als „Vorkämpfer der Unabhängigkeit“ (D. Bossa Herazo, *Cartagena independiente: Tradición y desarrollo*, Bogotá 1967, S.182) dem in Cartagena stark begrenzten altliberalen Umfeld zuzurechnen ist und schon seit den 1820er Jahren in Verbindung mit Santander stand.

Cartagena samt ihrer Publikation *El Artesano*⁸⁵ und organisierten politische Zeremonien und Feiern.⁸⁶

Die Konstituierung der Gruppe wird wesentlich durch den Faktor verwandtschaftlicher Verhältnisse bestimmt, die besonders in den engen Verflechtungen der Familien Núñez, García und del Real deutlich werden.⁸⁷ Die drei Familien repräsentierten die Verbindung von lokalem politischen und militärischen Prestige mit der wirtschaftlichen Basis des Handels. Antonio del Reals Vater, der Jurist José María del Real (1767–1835) war ein bekannter Akteur der Unabhängigkeitsbewegung in Cartagena gewesen. 1821 wurde er von dem verfassungsgebenden Kongreß von Cúcuta zum Senator des *Departamento del Magdalena*⁸⁸ gewählt und hatte 1825 mit der Intendantur das damals höchste politische Amt auf Ebene eines *Departamentos* inne, von dem er aber aus Protest gegen die Politik des Militärkommandanten Montilla zurücktrat. Als Repräsentant des Magdalenas positionierte sich José María del Real auf der Konvention von Ocaña 1828 als entschiedener *santanderista*. 1835 scheiterte er als Kandidat bei der Wahl des Vizepräsidenten; statt dessen wurde er zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes ernannt.⁸⁹

85 Bei Gründung der *Sociedad Democrática de Cartagena* war Rafael Núñez ihr Direktor; Antonio González Carazo hielt als Ehrenmitglied eine Rede (Inauguración de la Sociedad Democrática, in: M. Corrales, Efemérides (Anm. 26), Band IV, S. 63). Anzeigen der Treffen der *Sociedad* erschienen bis 1852 in *La Democracia*, etwa Nr. 10, 7.2.1850. José Araújo schrieb später: „Jeder weiß, daß es in dieser Stadt eine Sociedad democrática gab. Ich war Mitglied, wie wir es alle waren, die zur Zeit ihrer Gründung der liberalen Partei angehörten.“ J. D. Araújo, *Vindicación que presenta a sus conciudadanos el doctor José Araújo*, Cartagena 1854, S. 4.

86 Sowohl Juan José Nieto als auch José Manuel Royo, Antonio Benedeti und Manuel Marcelino Núñez richtete General Obando bei dessen Ankunft als neu designierter Gouverneur der Provinz Cartagena 1849 eine feierliche Begrüßung mit öffentlichen Reden und Festessen in ihren Häusern aus (M. Corrales, Efemérides [Anm. 26], Band IV, S. 46f.). Vergleiche auch die Aufzählung der Teilnehmer eines politischen Banketts zur Feier des dritten Jahrestages des liberalen Wahlsieges, bei der bis auf Antonio Benedeti alle sich zu der Zeit in Cartagena aufhaltenden Mitglieder des Gründerkreises genannt werden. *La Democracia*, Nr. 161, 13.3.1853.

87 Die folgenden genealogischen Informationen sind, sofern nicht anders bezeichnet, folgendem Verzeichnis entnommen: P. Restrepo Lince, *Genealogías de Cartagena de Indias*, Bogotá 1993. Zur Korrektur der leider nicht wenigen logischen Fehler wurden verschiedene Werke hinzugezogen, vor allem: O. Fals Borda, *El Presidente Nieto. Historia doble de la costa*, Bogotá 1981, Band II; N. del Castillo Mathieu, *El primer Núñez*, Bogotá 1972; E. Lemaitre, *Historia general de Cartagena*, Bogotá 1983, Band III und IV.

88 Dieses umfaßte bis 1832 die gesamte Küstenregion um die Zentren Cartagena, Santa Marta, Riohacha und Mompós.

89 S. E. Ortiz, *Doctor José María del Real. Jurisconsulto y diplomático, prócer de la Independencia de Colombia*, Bogotá 1969.

José María del Reals Schwester Clara del Real hatte in erster Ehe Vicente García de Zeyho, den Großvater Vicente García y Garcías geheiratet. Folglich war Antonio del Real der Cousin von Vicente García y Garcías Vater Vicente García y del Real. Dieser wiederum hatte die verwitwete María Rafaela García del Fierro geheiratet. Ihr Vater Francisco García del Fierro zählte zu jener Gruppe spanischer Händler, die sich zu diesem Zeitpunkt fest in Cartagena niedergelassen und auch formal in die lokalen Machtstrukturen eingefügt hatten. 1795 bekleidete er das Amt eines *mayordomo de propios y rentas*, des Finanzverwalters der Stadt, und leitete zeitweise den *Consulado de Comercio de Cartagena*. Auch seine Stellung als Ratsherr auf Lebenszeit des Stadtrates, die normalerweise auf dem Wege des Ämterkaufes erworben wurde, machte Francisco García del Fierros Identifikation mit den lokalen Interessen deutlich.⁹⁰

Hauptmann José Pastor Núñez y Navarro hatte 1795 eine weitere Tochter Francisco García del Fierros, María Josefa, geheiratet. Der Sohn dieser Verbindung, Rafael Núñez' Vater Coronel Francisco Núñez y García del Fierro, errang 1815 militärischen Ruhm in der Verteidigung Cartagenas gegen die spanischen Truppen unter Pablo Morillo und nahm später an den Kampagnen zur Befreiung der Ebene des Río Magdalena teil. 1831 war er Artilleriekommandant, und im Zuge seiner Beteiligung an der *Guerra de los Supremos* auf Seiten der Regierung ernannte ihn Tomás Cipriano de Mosquera 1841 zum militärischen Oberhaupt des Nordheeres. 1842 wurde Francisco Núñez gar zum Generalkommandanten des Isthmus von Panama befördert.⁹¹

Die Verbindung zu der Familie García wurde noch verstärkt durch die Heirat Francisco Núñez' 1824 mit seiner Cousine, zugleich Halbschwester von Vicente García y García, Dolores Moledo y García del Fierro, Tochter von María Rafaela García del Fierro aus erster Ehe mit dem spanischen Coronel José María Moledo. Aufgrund dieses endogamen Heiratsverhaltens war Vicente García y García sowohl der Halbonkel (mütterlicherseits) als auch der Großcousin (väterlicherseits) von Rafael Núñez. Auch in die Struktur der Familie del Real wurden die Núñez eingebunden, was sich in Antonio del Reals Heirat 1832 mit María Dolores Josefa Núñez y García del Fierro ausdrückte, einer Schwester von Francisco Núñez und somit Cousine Vicente García y Garcías.

Zusätzlich bekräftigt wurde dieses Netzwerk durch die Übernahme zahlreicher Patenschaften innerhalb der Familie. Bereits bei der Heirat der El-

90 Siehe A. Múnera, *El fracaso de la nación: región, clase y raza en el Caribe colombiano (1717–1821)*, Bogotá 1998, S. 144 und P. Restrepo Lince, *Genealogías de Cartagena de Indias*, Bogotá 1993, S. 243.

91 N. del Castillo, *El primer Núñez (Anm. 87)*, S. 1-38.

tern von Rafael Núñez 1824 war Vicente García del Real Trauzeuge gewesen; bei der späten Geburt der Tochter María Rafaela 1843 wurde er außerdem Pate der Schwester Rafael Núñez'. Bei Antonio del Reals Hochzeit war Vicente García de Zeyho Trauzeuge; Taufpate seiner Zwillingstöchter wurde 1833 Antonio del Reals Schwager Francisco Núñez. Dieses Muster der Einbeziehung beider Familien wiederholte sich bei der Heirat von Antonios Bruder Tomás del Real 1828 (Trauzeuge Vicente García de Zeyho) und der Geburt von dessen Tochter 1833 (Taufpate Francisco Núñez).

Einen wichtigen Faktor für die Konstituierung der späteren Akteursgruppe stellte die Heirat 1827 von Juan José Nieto mit María Margarita del Carmen Palacio García del Fierro dar. Als Tochter von María Francisca García del Fierro (und Enkelin Francisco García del Fierros) war Nietos Frau sowohl Großnichte von Vicente García y García als auch Dolores Molados, der Mutter Rafael Núñez'. Für Juan José Nieto, Sohn einer mulattischen Handwerkerfamilie aus dem Hinterland Cartagenas, bedeutete diese Ehe einen beträchtlichen sozialen Aufstieg, der sich besonders in der Integration in das bestehende Netzwerk vor allem durch die Familie del Real zeigte. So war José María del Real einer der Trauzeugen Nietos Eheschließung. Ein Jahr später wurde Nieto Trauzeuge der Heirat Tomás del Reals, welcher wiederum bei Nietos zweiter Trauung 1834 als Zeuge diente.

Nieto, der sich Anfang der 1830er Jahre politisch als *santanderista* und dezidiert Vertreter liberaler Interessen profilierte, fungierte offensichtlich als Bindeglied zu weiteren Kontakten, die in der Folgezeit ebenfalls in die verwandtschaftlichen oder quasi-verwandtschaftlichen Strukturen des Patensystems aufgenommen wurden. Bei der Geburt von Nietos Sohn 1828 war Antonio Benedeti im Namen seines Vaters Carlos Benedeti Taufpate geworden und 1838 wurde ein weiterer Sohn, Senén Benedeti, Taufpate des Sohnes der Schwester von Nietos zweiter Frau. Die Beziehungen zur Familie Benedeti intensivierten sich im Laufe der 1830er Jahre, und durch sie wurde außerdem der Kontakt zu der Familie Manuel Marcelino Núñez⁹² gestärkt.

1831 zählten sowohl Nieto als auch Manuel Marcelino Núñez zu den vermuteten politischen Drahtziehern einer liberalen Rebellion des Kantons Barlovento gegen die konservative regionale Vormacht Cartagena.⁹³ Anto-

92 Die beiden Familien Núñez standen nicht in verwandtschaftlichem Verhältnis.

93 Die Rebellion ging von den Städten Sabanalarga, Soledad und Barranquilla aus. Dies spricht für eine Interpretation einer ersten föderalistischen Interessenartikulation des aufstrebenden Hafenstandortes Barranquilla gegen Cartagena. Die Beteiligung bestimmter Gruppen in Cartagena selbst ist als Aufstand gegen die konservative Stadtverwaltung einzuordnen. A. Meisel Roca, *Historia económica y social del Caribe colombiano*, Barranquilla 1994, S. 200-203.

nio del Real war bei den Kompromißverhandlungen der aufständischen Belagerung Cartagenas für die Rebellen als Vermittler tätig. Im darauffolgenden September 1831 wurde die Vereinigung *Sociedad de veteranos defensores de la libertad* gegründet, die eine Art übergeordnete Interessenvertretung für die Errichtung einer autonomen Küstenrepublik gewesen zu sein scheint.⁹⁴ Neben Nieto und den Brüdern Antonio und Tomás del Real waren hier auch zwei Mitglieder der Familie Benedeti sowie drei der Familie Manuel Marcelino Núñez Mitglieder.⁹⁵ Die Beziehungen zwischen letzteren verstärkten sich wesentlich Mitte der 1830er Jahre, als Antonio Benedeti M. M. Núñez' Tochter María Concepción Núñez heiratete und ihr Vater 1836 Trauzeugen bei der Heirat von Antonios Bruder Camilo Benedeti wurde. 1847 schließlich wurde Antonio del Real durch seine Patenschaft des Sohnes eines weiteren Bruders, Ramón Benedeti, in die Familie Benedeti aufgenommen.

Die mitunter ausgeprägte Bedeutung von Heiratsallianzen als Aufstiegsmuster wurde in dem Fall von Nietos Heirat mit Margarita García del Fierro bereits angedeutet. In noch stärkerem Maße trifft dies auf dessen zweite Ehe 1834⁹⁶ mit María Josefa Teresa Plácida de los Dolores Cavero, einer Cousine Antonio López Tagles, zu. Durch die Erbschaft des Landgutes Alcibia y Preceptor 1835 nach dem Tod seines Schwiegervaters erhielt Nietos politische Karriere zudem eine finanzielle und territoriale Basis.⁹⁷

Ab 1850 übernahm Federico Núñez, ein Großcousin von Rafael Núñez' Vater Francisco, der bis zu diesem Zeitpunkt in Santa Marta ansässig gewesen war, die *Imprenta de la Democracia*. Diese gab nun sämtliche liberalen Zeitungen Cartagenas, *La Democracia*, *El Artesano* und den 1850 neu gegründeten *El Ciudadano* heraus. Die Analyse der liberalen Gruppe um *La Democracia* zeigt also, daß ein Großteil ihrer Akteure entweder schon in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zueinander standen oder durch Heiraten eingegliedert wurden. In einigen Fällen erfolgte eine Bindung auch allein durch die Übernahme von Patenschaften als spirituelle

94 A. Múnera, El Caribe colombiano en la república andina: identidad y autonomía política en el siglo XIX, in: Boletín Cultural y Bibliográfico (Bogotá), Vol. 33 (1996), Nr. 41, S. 47.

95 Siehe die Aufstellung der Mitglieder in Sociedad de 'Veteranos defensores de la libertad', in: M. Corrales, Efemérides (Anm. 26), Band III, S. 104.

96 María Margarita del Carmen Palacio García del Fierro starb 1833, O. Fals Borda, El presidente Nieto (Anm. 87), S. 48.

97 1836 wurde Nieto zum ersten Mal in die Provinzkammer gewählt. Bezüglich seiner Wählerschaft siehe Mosqueras Bemerkung zu den „Negern von Alcibia und Temera“, Certificación (Anm. 76), S. 60.

Verwandschaft⁹⁸, so etwa im Falle José Manuel Royos, der 1847 Vicente García y García zum Paten seiner Tochter machte. Unter diesen Gesichtspunkten wird deutlich, wie politische Vereinigungen in der Praxis nach traditionellen, sehr viel konkreteren Mustern als dem unabhängiger, gleichwertiger Individuen strukturiert waren.

Praktische Mechanismen politischer Macht

Der Einfluß traditioneller Strukturen auf die Formen politischer Machtausübung kann in verschiedene Kategorien eingeteilt werden, von denen einige anhand der untersuchten Akteursgruppe näher erläutert werden sollen. Persönliche Verbindungen der verschiedensten Art – und sei es auch nur, wie im Falle des traditionell konservativen Cartagena, aus der Notwendigkeit einer liberalen Vertretung vor Ort heraus motiviert – bestimmten zu einem nicht unwesentlichen Teil den Verlauf von Karrieren sowie politisches Handeln generell. Obwohl öffentliche Ämter nicht im herkömmlichen Sinne direkt vererbt werden konnten, erfolgte doch oftmals eine Übertragung der sozialen Beziehungen und des damit verbundenen Einflusses auf nachfolgende Generationen.⁹⁹ José María del Real beispielsweise war einer der wenigen Liberalen in Cartagena, der auch auf nationaler Ebene Bekanntschaft erlangt hatte. Unter dieser Prämisse wurde 1850, kurz nach der liberalen Regierungsübernahme, sein Sohn Tomás del Real zum Gouverneur von Riohacha ernannt¹⁰⁰. Dessen Bruder Antonio del Real folgte der Karriere seines Vaters in ähnlichen Funktionen. 1851 wurde er durch den Kongreß zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes gewählt¹⁰¹ und schließlich 1853 zum Vorsitzenden dieser Institution ernannt.¹⁰²

Eine der effektivsten Möglichkeiten zur Knüpfung von politischen Allianzen stellte die Eheschließung dar. Dienten endogene Heiraten zur Verstärkung schon bestehender Beziehungen, so erschlossen exogene Verbindungen neue Personengruppen und schafften die Voraussetzung für

98 Diese leitete sich aus der Übertragung einer von Gott gegebenen Verantwortung auch auf die Paten ab, G. de la Peña, *Ideology and practice in Southern Jalisco: Peasants, rancheros, and urban entrepreneurs*, in: R. T. Smith (Hrsg.), *Kinship ideology and practice in Latin America*, Chapel Hill/London 1984, S. 210.

99 F.-X. Guerra, *Le Mexique* (Anm. 2), S. 115.

100 Zu diesem Zeitpunkt wurden die Provinzgouverneure zentral durch die Exekutive in Bogotá eingesetzt. Zu Tomás del Real siehe J.C. Alarcón, *Compendio de historia del departamento del Magdalena* (de 1525 hasta 1895), Bogotá 1963, S. 438.

101 J. M. Restrepo, *Diario político y militar* (Anm. 61), Band IV, S. 126.

102 G. Otero Muñoz, *Un hombre y una época. La vida azarosa de Rafael Núñez*, Biblioteca de Historia Nacional, Vol. LXXXIII, Bogotá 1951, S. 18.

überregionale Machtausbreitungen.¹⁰³ Eine besondere Bedeutung nahm häufig das Verhältnis zwischen Schwägern an¹⁰⁴, wofür das Heiratsverhalten von Rafael Núñez ein typisches Beispiel bietet. Kurz nach dem Abschluß seines Jurastudiums hatte dieser 1846 die Stellung eines lokalen Richters in David/Panamá angenommen. Dort lernte er die beiden liberalen Spitzenpolitiker General Tomás Herrera und José de Obaldía kennen, der 1850 zum Vizepräsident Neu-Granadas gewählt wurde. Letzterer war verheiratet mit Ana María Gallegos, Tochter aus erster Ehe des lokalen Machthabers Lorenzo Gallegos. Diese Bekanntschaft vertiefte sich in den folgenden Jahren und führte im Mai 1851 zu der Ehe Rafael Núñez' mit Dolores Gallegos, Halbschwester von Obaldías Gemahlin. Noch im selben Jahr wurde Núñez gleichzeitig zum Abgeordneten und Präsidenten der Provinzkammer sowie zum nationalen Repräsentanten der 1849 auf Initiative seines Schwagers neu geschaffenen Provinz Chiriquí gewählt.¹⁰⁵ Dieser Sitz in Bogotá, den Rafael Núñez allerdings erst 1853 antrat, verschaffte ihm die Voraussetzungen, sich auch national profilieren zu können. Bereits im Mai 1853, noch innerhalb seiner ersten Sitzungsperiode, wurde Núñez zum Vizepräsidenten der Repräsentantenkammer gewählt.¹⁰⁶

Die Netzwerke der Liberalen von 1849 in Cartagena zur Erlangung öffentlicher Ämter ergaben sich aus einer Mischung von Reproduktion familiärer Verbundenheit und gezielter Protektion aufgrund politischer Freundschaften.¹⁰⁷ Dieser Mechanismus läßt sich für die untersuchte Gruppe anhand ihres Betätigungsfeldes an der *Universidad del Magdalena e Istmo* aufzeigen, an der fast alle ihrer Mitglieder Jura und/oder Medizin¹⁰⁸ studiert

103 D. Balmori, Family and politics: Three generations (1790–1890), in: *Journal of Family History*, Vol. 10, Nr. 3 (1985), S. 253.

104 L. Lewin, Politics and parentela in Paraíba. A case study of family-based oligarchy in Brazil, Princeton (New Jersey) 1987, S. 200–209.

105 N. del Castillo Mathieu, El matrimonio de Núñez con Dolores Gallego, in: *Boletín Historial* (Cartagena). Nr. 121–123 (1955), S. 72. Wir benutzen hier die Schreibweise „Gallegos“, wie sie auch in dem politischen Testament José de Obaldías verwendet wird, *Memoria testamental de don José de Obaldía, Vicepresidente de la Nueva Granada*, in: *Boletín de Historia y Antigüedades* (Bogotá), Nr. 31 (1944), S. 276.

106 N. del Castillo Mathieu, El primer Núñez (Anm. 87), S. 137. Es sollen hier nur die Anfänge dieser umfassenden Karriere skizziert werden, die bis in die 1890er Jahre hineinreicht und die Präsidentschaften 1880–1882 sowie 1884 bis zu Núñez' Tod 1894 einschließt.

107 Vgl. hierzu die Unterscheidung zwischen „Elitenfamilie“ und „familienbasierter Gruppe“ bei L. Lewin, *Politics and parentela in Paraíba* (Anm. 104), S. 11.

108 Zu der vorangegangenen Stärkung vor allem des Jurastudiums und den als *empleomanía* bezeichneten Resultaten einer Juristenschwemme, die in den Staatsdienst drängte, siehe das Kapitel „Legal education: the making of bureaucrats and citizens“, in: V. Uribe Uran, *Honorable lives: lawyers, family and politics in Colombia, 1780–1850*, Pittsburgh 2000, S. 103–117.

hatten¹⁰⁹. Schon 1831 war Antonio del Real in der Mitgliederliste der *Sociedad de veteranos defensores de la libertad* als Universitätsprofessor für Philosophie vermerkt, José Manuel Royo trat 1844 den Lehrstuhl für Medizin an.¹¹⁰ Im Zeitraum 1849–1852 dominierte der Gründerkreis von *La Democracia* die in *Colegio Nacional* umbenannte Universität fast vollständig: sechs der acht zum Teil nur Interimsamtsperioden als Rektor wurden von Ramón Benedetti, José Manuel Royo, Antonio López Tagle, Vicente García y García und Rafael Núñez ausgefüllt.¹¹¹ Juan Andrés Fortich, 1852 Rektor, war zudem ein Schüler von Vicente García y García gewesen.¹¹² Der hier zugrunde liegenden Interessenpolitik wurde durch gegenseitige Berufungen Ausdruck verliehen. So bot 1850 der damalige Universitätsrektor Vicente García y García Rafael Núñez die beiden Lehrstühle für Literatur und Philosophie an, woraufhin 1852 dessen Ernennung zum Rektor des *Colegio Nacional* durch den inzwischen zum Gouverneur Cartagenas erhobenen Juan José Nieto erfolgte.¹¹³

Die Bedeutung einer persönlichen Förderung seitens politischer Machtinhaber erschließt sich anhand der Karrieren von Juan José Nieto und Rafael Núñez. Nieto bekleidete 1849 das Amt des *jefe político*, des Gouverneurstellvertreters, unter José María Obando, dessen Sekretär zu dem damaligen Zeitpunkt Rafael Núñez war. Der persönliche Kontakt dieser Zusammenarbeit äußerte sich 1851, als Nieto auf Empfehlung Obandos von Präsident López zum Gouverneur Cartagenas ernannt wurde. 1853 wurde er mit der allgemeinen direkten Wahl auch des Provinzgouverneurs in seinem Amt bestätigt.¹¹⁴ Rafael Núñez' Laufbahn ermöglichte es ihm, in dieser Frühphase seiner Karriere ab 1853 als Impulsgeber für Verwandte oder ihm politisch nahestehende Freunde zu fungieren. Sowohl die Bekanntschaft mit Obando als auch die verwandtschaftliche Verbindung zum Vizepräsidenten Obaldía mögen 1853 zu seiner Ernennung zum Staatssekretär kurz nach dem Amtsantritt des Präsidenten Obando beigetragen haben.¹¹⁵ Bereits am

109 Die bekannteste Ausnahme bildete der auch von seiner sozialen Herkunft aus dem Rahmen fallende Juan José Nieto, welcher, obwohl Autor verschiedener Bücher, nur eine minimale formale Bildung genossen hatte, O. Fals Borda, *El presidente Nieto* (Anm. 87), S. 35.

110 2.º Acto de colocación de grados en la universidad, in: M. Corrales, *Efemérides* (Anm. 26), Band III, S. 453.

111 Antonio López Tagle war 1850 übergangsweise sowie 1851 regulär Rektor der Universität. Siehe die Aufstellung bei A. del Real Torres, *Biografía de Cartagena, 1533-1945*, Biblioteca del estudiante, Band 8, Cartagena 1946, 367.

112 F. de la Vega, *Cartagena, la de los claros varones*, Cartagena 1936, S. 93.

113 N. del Castillo, *El primer Núñez* (Anm. 87), S. 112.

114 O. Fals Borda, *El presidente Nieto* (Anm. 87), S. 98-115. Fals Borda betont darüber hinaus die Bedeutung der Kontakte durch die Freimaurerlogen.

115 N. del Castillo, *El primer Núñez* (Anm. 87), S. 170.

Tage nach seiner Berufung durch Obando ernannte Núñez nun seinerseits José Manuel Royo zum Interimgouverneur von Mompós bis dort die verfassungsgemäßen Wahlen stattfinden konnten.¹¹⁶ Als Rafael Núñez bereits Anfang September nach nur zwei Monaten die Stellung des Staatssekretärs auf eigenen Wunsch verließ¹¹⁷, sorgte er dafür, daß Antonio del Real sein Amtsnachfolger wurde.¹¹⁸

Konnte politische Gewogenheit das Grundprinzip einer Förderung werden, so war im gegenteiligen Fall ebenso ein Ausschluß von der Macht möglich. José Araújo war seit 1850 Staatsanwalt des regionalen Gerichtshofes gewesen. Schon zu diesem Zeitpunkt hatte er sich ideologisch von der *Sociedad Democrática*, nicht jedoch von den Liberalen losgesagt. Allerdings unterstützte José Araújo 1853 die Kampagne Nietos für die anstehenden Gouverneurswahlen nicht, sondern trat für den konservativen Kandidaten Bartolomé Calvo ein. Sein Verhalten brachte Araújo mit Nieto in Konflikt, der sich schließlich in einem Vorfall um die Einziehung einiger Zivilisten für die Milizen äußerte.¹¹⁹ Im Zuge der Auseinandersetzung enthub Nieto Araújo des Amtes und setzte Antonio López Tagle als Staatsanwalt ein¹²⁰. Weder der Freispruch Araújo durch den Obersten Gerichtshof noch eine Klage seinerseits wegen Amtsmißbrauch veränderte die Situation, was den Liberalen Francisco de Zaldúa, Mitglied des Obersten Gerichtshofs, zu folgender Aussage bewegte:

116 Nombramiento de Gobernador de Mompox, in: M. Corrales, Efemérides (Anm. 26), Band IV, S. 101.

117 Es kann angenommen werden, daß Núñez einer etwaigen Verwicklung in einen Putschversuch entgehen wollte, der zu diesem Zeitpunkt durch sozialrevolutionäre Ausschreitungen in der Hauptstadt bereits zu erahnen war; siehe J.M. Restrepo, *Diario político y militar* (Anm. 61), Band IV, S. 309 und *Memoria testamental de don José de Obaldía, Vicepresidente de la Nueva Granada*, in: *Boletín de Historia y Antigüedades* (Bogotá), Nr. 31 (1944), S. 295). Tatsächlich erfolgte im April 1854 in Bogotá ein Staatsstreich der Handwerker und Militärs. Antonio del Real wurde von den Aufständischen gemeinsam mit Obando festgehalten und mußte sich später vor einem Gericht für sein Verhalten verantworten. *Causa de responsabilidad contra el ciudadano presidente de la Republica. (Jeneral J. M. Obando i los ex-secretarios de gobierno i de guerra señores A. del Real i V. F. Barriga.)*, 2 Bände, Bogotá 1855.

118 G. Otero Muñoz, *Un hombre y una época. La vida azarosa de Rafael Núñez*, Biblioteca de Historia Nacional, Vol. LXXXIII, Bogotá 1951, S. 18.

119 Araújo hatte eine Gruppe von Handwerkern, die auf Nietos Weisung hin festgehalten wurden, mit dem Hinweis auf gesetzeswidrige Freiheitsberaubung nach Hause gehen lassen. J.D. Araújo, *Vindicación que presenta a sus conciudadanos el doctor José Araújo*, Cartagena 1854.

120 J. J. Nieto, *El Ciudadano Juan José Nieto, Gobernador Suspenso de la Provincia de Cartagena, ante los Hombres honrados e imparciales de todos los partidos*, Bogotá 1855, S. 47.

„In Neu-Granada ist die Justizverwaltung eine Farce und ein armer Teufel der Richter, der ehrlich und unabhängig seine Pflicht zu erfüllen sucht!“¹²¹

Der Prozeß der Konstruktion einer Gesellschaft gleichberechtigter Staatsbürger fand in Neu-Granada auf unterschiedlichen Ebenen statt. In vorliegender Untersuchung wurde deutlich, daß politische Partizipation auch abseits des vorgesehen Rahmens einer formalen Definition stattfand und diskursiv konstruiert wurde. Die Funktion der öffentlichen Meinung war als Legitimationsbasis innerhalb des politischen Projekts besonders in der ersten Phase von großer Bedeutung. Anhand des Beispiels Cartagena konnten wir zeigen, wie ein erheblicher Teil der liberalen Öffentlichkeit durch einen kollektiven Akteur bestimmt wurde, dessen interne Struktur zudem auf traditionellen Kategorien verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen basierte.

Im Gegensatz hierzu stand die Definition des Staatsbürgers als unabhängiges politisches Individuum, welche von einer teilweise gegenläufigen Entwicklung von Diskurs und formaler Festschreibung in der Verfassung gekennzeichnet war. So entwarf ein Teil der Liberalen parallel zur Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechtes eine weit restriktivere Vision der Staatsbürgerrechte. Insgesamt läßt sich erkennen, in welchem Maße die Ebenen Diskurs, formale Bestimmung und praktische Umsetzung ihren jeweils eigenen Dynamiken folgten.

Vergleichen wir darüber hinaus die vehemente Abgrenzung der Liberalen von der vorangegangenen Herrschaft der Konservativen besonders unmittelbar nach ihrer Regierungsübernahme, kommen wir zu dem Ergebnis, daß sowohl die Repräsentation des kollektiven Akteurs Familie als auch Ämterpatronage, politische Exklusion und Justizwillkür Elemente liberaler Machtpraktiken darstellten.

121 F. J. Záldua, Explicación de la conducta como Magistrado de la Corte Suprema de Justicia de la Nueva Granada y refutación de las inculpaciones que se le han hecho en la cuestión de la suspensión del Sr. José Araújo como Fiscal del Tribunal del Magdalena hecha por el Gobernador Juan José Nieto, Bogotá 1854.